



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration

17. Sitzung (öffentlich)

22. Juni 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktion der Linken, den Punkt „Ausländische Bildungsabschlüsse anerkennen – Fachkräftemangel verhindern und Integration erleichtern“, Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/541, von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Punkt „Kosten der Unterkunft: Die Landesregierung darf nicht zu einer betroffenenfeindlichen Ausführung des § 22 SGB II auffordern“, Antrag der Fraktion der Linken Drucksache 15/1911, wird auf Wunsch der antragstellenden Fraktion von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Ausschuss nimmt den Punkt „Initiative Fachkräftesicherung – Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung im Mittelstand“ neu in die Tagesordnung auf.

Die Punkte „Initiative Fachkräftesicherung – Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung im Mittelstand“, „Rettungsdienste in NRW“ und „Planungsstand einer Medizinischen Fakultät in Bielefeld für die Region OWL“ werden in dieser Sitzung aufgerufen, aber erst am 13. Juli 2011 inhaltlich beraten.

Infolge dieser Änderungen weicht die Nummerierung der verhandelten Punkte von der Nummerierung der in der Einladung benannten Punkte ab.

1 Gesetz über die vorübergehende Aufnahme ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzugs des Landes Nordrhein-Westfalen (Sicherungsverwahrte-Aufnahmegesetz – SVAufnG NRW)

8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1438

Ausschussprotokoll 15/218

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1438 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Linker an.

2 Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

9

Vorlage 15/679

Der AGSI-Ausschuss wurde gehört.

3 Arbeitnehmerfreizügigkeit sozial gestalten 10

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/1908

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der Linken Drucksache 15/1908 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der Linken ab.

4 Initiative Fachkräftesicherung 11**Sonderprogramm Qualifizierung und Innovation zur Fachkräftesicherung im Mittelstand**

Minister Guntram Schneider (MAIS) stellt dem Ausschuss diese neue Initiative vor (*siehe auch Vorlage 15/700*). Die inhaltliche Diskussion im Ausschuss soll am 13. Juli 2011 folgen.

5 Signet Nordrhein-Westfalen ohne Barrieren 13

Vorlage 15/632

Minister Guntram Schneider (MAIS) berichtet und beantwortet sodann Fragen aus dem Ausschuss.

6 Rettungsdienste NRW 16

Vorlage 15/692

Der Ausschuss will am 13. Juli 2011 in die inhaltliche Beratung zu diesem Thema eintreten.

7 Planungsstand einer Medizinischen Fakultät in Bielefeld für die Region OWL 17

Vorlage 15/694

Auch dieses Thema will der Ausschuss am 13. Juli 2011 inhaltlich beraten.

8	Verschiedenes	18
a)	Hinweis auf Vorlage 15/657	18
b)	AGSI-Ausschusssitzungen am 13. Juli 2011	18
c)	Erklärung der Fraktion DIE LINKE zum Verhalten der Fraktion der CDU	18
d)	Rückblick auf die Ausschussreise zu Maßregelvollzugskliniken	19

* * *

1 Gesetz über die vorübergehende Aufnahme ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzugs des Landes Nordrhein-Westfalen (Sicherungsverwahrte-Aufnahmegesetz – SVAufnG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 15/1438

Ausschussprotokoll 15/218

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Vorsitzender Günter Garbrecht teilt mit, der vom Plenum am 31. März 2011 zur federführenden Beratung aufgerufene Rechtsausschuss, der am 1. Juni 2011 eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt habe – siehe APr 15/218 – und derzeit ebenfalls tages, erwarte das Votum des mitberatenden AGSI-Ausschusses.

Wolfgang Zimmermann (LINKE) erklärt, seine Fraktion werde diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, da die freiwillige Unterbringung ehemaliger Sicherungsverwahrter in Einrichtungen des Justizvollzugs zeitlich nicht begrenzt werde, sodass die Verantwortlichen der Verpflichtung enthoben würden, für die Betroffenen Maßnahmen zur Vorbereitung auf das Leben „draußen“ zu treffen.

Auch seine Fraktion **Dr. Stefan Romberg (FDP)** lehne diesen Gesetzentwurf ab: Zum einen mangle es in der Tat an der Befristung der beschriebenen Maßnahme, zum anderen erreiche man damit nicht die Zielgruppe der gefährlichen Straftäter, da diese das Angebot sicher nicht freiwillig annehmen würden.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/1438 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Linker an.

